

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Samstag, 17. September 1966

Blatt 2659

Ehrenring der Stadt Wien für Kelsen und Doderer

=====

17. September (RK) Der Wiener Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dem Univ.-Prof. Dr. Hans Kelsen in Würdigung seiner außerordentlichen Leistungen auf dem Gebiet der Staats- und Rechtswissenschaften anlässlich der Vollendung seines 85. Lebensjahres den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen.

Die gleichhohe Auszeichnung erhält der Schriftsteller Dr. Heinito Doderer anlässlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres.

Der genaue Zeitpunkt der feierlichen Überreichung der Ehrenringe wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

- - -

Einreichungen an den Dr. Adolf Schärf-Fonds

=====

17. September (RK) In der letzten Sitzung der Beiräte des Doktor Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften wurde festgelegt, daß die Einreichungen an den genannten Fonds bis spätestens 7. Oktober 1966 im Fondssekretariat, Vordere Zollamtsstraße 13, 1030 Wien, eingelangt sein müssen. Persönliche Auskünfte werden gerne vom Fondssekretariat erteilt.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Im Anschluß an die nun folgende wörtliche Wiedergabe der Radiodiskussion mit dem Wiener Bürgermeister finden Sie eine Kurzfassung. Teilen Sie uns bitte mit, ob Ihnen diese Neueinführung nützlich erscheint!

Gesperrt bis Sonntag, 18. September, 20 Uhr!

Bürgermeister Bruno Marek:

Hochwasserschutz für Wien muß verbessert werden

=====

Die Hilfsaktion der Bundeshauptstadt für Kärnten und Osttirol -

Gegen die Benachteiligung Wiens!

17. September (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien sprach am Sonntag, dem 18. September, Bürgermeister Bruno Marek mit dem Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die Hilfsaktion der Stadt Wien in den Überschwemmungsgebieten von Kärnten und Osttirol, über die Notwendigkeit der Verbesserung des Hochwasserschutzes für Wien und über die schlechte Behandlung des Landes Wien durch den Finanzminister.

Dr. Gerle: Nach der traditionellen Sommerpause, die heuer etwa zwei Monate dauerte, wendet sich Herr Bürgermeister Bruno Marek heute wieder über den Rundfunk an die Bewohner und an die Freunde der Bundeshauptstadt Wien.

Bgm. Marek: Meine lieben Wienerinnen und Wiener, ich hoffe, daß Sie sich während Ihres vergangenen Urlaubes gut erholt und nun mit frischen Kräften das neue Arbeitsjahr begonnen haben. Leider war der heurige Sommer, was das Wetter betrifft, nicht so schön, wie wir ihn uns gewünscht hätten. Wieder wurden Teile unserer Heimat von schrecklichen Unwetterkatastrophen heimgesucht, und sehr viele Wiener, die ihren Urlaub in Kärnten oder Osttirol verbrachten, waren Zeugen dieser schrecklichen Ereignisse.

Dr. Gerle: Ich glaube, wir Wiener müssen dankbar sein, daß unsere Stadt, obgleich sie an einem wasserreichen Strom liegt, von einer Hochwasserkatastrophe bewahrt wurde.

Bgm. Marek: Ja, und aus diesem Gefühl der Dankbarkeit heraus, und auch aus Gründen einer selbstverständlichen Solidarität, haben wir uns bereits am 18. August entschlossen, dem Bundesland Kärnten unverzüglich Hilfe zu leisten. Wie schon im Jahre 1965, als eine ähnliche Aktion der Stadt Wien für Kärnten notwendig war, trugen die Magistratsabteilungen 48 und 29 sowie die Feuerwehr der Stadt Wien die Hauptlast der Hilfeleistung. Bereits am frühen Morgen des 20. August fuhr der Wiener Hilfszug ins Katastrophengebiet ab und erreichte noch am Abend des gleichen Tages Villach.

Dr. Gerle: Wie war denn der Hilfszug zusammengesetzt, Herr Bürgermeister?

Bgm. Marek: Aus rund drei Dutzend Fahrzeugen, darunter Schlammsaugwagen, Kanalspülwagen, aus Brückengeräten, einem Rüstwagen der Feuerwehr usw.

Dr. Gerle: Wo wurde denn der Wiener Hilfszug vor allem eingesetzt?

Bgm. Marek: Der erste Einsatzort war Dellach im Drautal, aber auch in Spittal an der Drau wurde geholfen, und zwar mit Schlammsaugwagen. In Dellach wurde vor allem die Räumung des Draßnitzbaches vorangetrieben, aber auch ein Draueinbruch durch Schüttung beseitigt. Es wurden zahlreiche Behelfsstraßen und eine Behelfsbrücke angelegt, vor allem um den Abtransport des angeschwemmten Materials überhaupt erst zu ermöglichen. Selbstverständlich wurden auch die Schlammsaugwagen eingesetzt und die Keller des Ortes ausgepumpt.

Dr. Gerle: Welche Menge Materials wurde denn aus Dellach abtransportiert?

Bgm. Marek: Rund 30.000 Kubikmeter Geröll, Schlamm usw. wurden abgeführt, das ist eine Menge, mit der man sämtliche unterirdische Passagen der Wiener Ringstraße auffüllen könnte. Ich glaube, dieses Beispiel beweist die großartigen Leistungen, die von den Männern des Wiener Hilfszuges vollbracht wurden.

Dr. Gerle: In welchen Orten Kärntens stand der Wiener Hilfszug noch im Einsatz?

Bgm. Marek: In Oberdrauburg, in Döllach, in Lienz, in Flattach und Kleindorf, in Winklern und Mörtschach. Dort überall wurden vor allem Keller ausgepumpt und total verschlammte Kanäle wieder funktionsfähig gemacht.

Dr. Gerle: Wurde nicht wenige Tage nach dem ersten Hilfszug ein zweiter Hilfszug nach Kärnten entsendet?

Bgm. Marek: Von einem zweiten Hilfszug kann man nicht sprechen; wir schickten am 25. August weitere in den Katastrophengebieten benötigte Geräte ab, darunter ein 60 Meter langes Brückengerät. Das war jenes Gerät, das wir in Wien schon beim Bau der Albertina-Passage verwendeten. In Kärnten wurde es eingesetzt zur Entlastung der schwerbeschädigten Bundesstraßenbrücke über die Möll unweit von Möllbrücke. Da der Ort Möllbrücke bekanntlich beiderseits der Möll liegt, durch das Hochwasser nicht nur die dort befindliche Bundesstraßenbrücke beschädigt, sondern auch ein Fußgängersteg zerstört wurde, setzten wir dort ein zweites, etwas kleineres Brückengerät ein. Der Einbau beider Brückengeräte wurde durch Pioniere des österreichischen Bundesheeres unter der Anleitung von Ingenieuren der Stadt Wien durchgeführt. Auf diese Weise konnte binnen relativ kurzer Zeit eine Verbindung zwischen den beiden Ortsteilen von Möllbrücke hergestellt werden.

Dr. Gerle: Wie ich schon vorhin sagte, wurde Wien, obgleich es an einem mächtigen Strom liegt, heuer von einer Hochwasserkatastrophe verschont. Zum Teil ist das wohl darauf zurückzuführen, daß wir in Wien beachtliche Hochwasserschutzbauten haben.

Bgm. Marek: Dieser Meinung sind sehr viele Wiener, aber leider sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Denken Sie doch nur an das Jahr 1954, damals bewies uns die Natur sehr nachdrücklich, daß unser Hochwasserschutzsystem nicht ausreicht, um Katastrophenhochwasser gefahrlos durch Wien hindurch zu leiten. Genaue wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, daß damals im Jahre 1954, wenn der Regen in Bayern nur drei Tage länger gedauert hätte, das Hochwasser in Wien angestiegen und in mehrere Stadtbezirke eingedrungen wäre.

Dr. Gerle: Trotz der Hochwasserschutzbauten?

Bgm. Marek: Ja, trotz der Hochwasserschutzbauten wären der 2. und der 20. Bezirk, die Simmeringer Haide und ein großer Teil des Baugebietes des 21. und 22. Bezirkes überschwenmt worden. Dadurch hätten die E-Werke Engerthstraße und Simmering, ebenso auch das Gaswerk Simmering ihren Betrieb einstellen müssen; ebenso wäre die

gesamte Kanalpumpanlage für den 21. und 22. Bezirk unbenützlich geworden. Die Schäden, die unsere Volkswirtschaft dadurch erlitten hätte, wären wesentlich größer gewesen als die Mittel, die man aufwenden müßte, um in Wien verbesserte Hochwasserschutzbauten zu errichten.

Dr. Gerle: Ich nehme an, das Hochwasser des Jahres 1954 hat die Gemeindeverwaltung veranlaßt, sich in den nachfolgenden Jahren intensiv mit dem Problem der Schutzbauten zu beschäftigen.

Bgm. Marek: Natürlich, es wurde beim österreichischen Ingenieur- und Architektenverein ein Donauhochwasser-Studienausschuß gebildet, der alle im Zusammenhang mit der Verbesserung des Hochwasserschutzes vorliegenden Projekte überprüfte. Am 4. Februar 1965 gab er einen zusammenfassenden Bericht ab. In diesem Bericht wurde das Magistratsprojekt für die Verbesserung des Schutzes des rechten Donauufers voll gebilligt. Für die Gestaltung des linken Donauufers liegen drei Projekte vor; der Ausschuß konnte bisher aber keinem eindeutig den Vorzug geben.

Dr. Gerle: Die Arbeiten zum verbesserten Schutz des rechten Donauufers in Wien könnten also begonnen werden?

Bgm. Marek: Leider nicht, denn es muß noch die Kostenfrage gelöst werden. Wir glauben nämlich, daß ein verbesserter Hochwasserschutz für Wien nicht nur eine Angelegenheit der Stadtverwaltung ist. Ich habe daher am 30. März dieses Jahres den damaligen Staatssekretär im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, Herrn Dr. Kotzina, auf die Dringlichkeit der Lösung des Gesamtproblems aufmerksam gemacht und dann am 14. Juni Herrn Dr. Kotzina, der inzwischen zum Bundesminister für Bauten und Technik berufen wurde, um eine Stellungnahme gebeten. In einem Schreiben vom 7. Juli 1966 teilte mir Herr Bundesminister Dr. Kotzina mit, er habe das Bundesministerium für Finanzen um Überprüfung der Angelegenheit er-sucht; diese Stellungnahme müsse aber im Hinblick auf die große Bedeutung der in Frage stehenden Maßnahmen abgewartet werden. Liebe Wienerinnen und Wiener! Ich halte es angesichts der inzwischen eingetretenen Hochwasserkatastrophen in weiten Gebieten Österreichs für angebracht, an den Herrn Bundesminister für Finanzen die Bitte zu richten, die beschleunigte Überprüfung dieser Angelegenheit anzunordnen, damit ehebaldigst mit den notwendigen Arbeiten begonnen werden kann.

Dr. Gerle: Herr Bürgermeister, glauben Sie nicht, daß Ihnen aus dem vor wenigen Tagen vom Nationalrat beschlossenen sogenannten Hochwasserfondsgesetz finanzielle Mittel zufließen, die die Verwirklichung der Wiener Projekte ermöglichen werden?

Bgm. Marek: Leider muß ich feststellen, daß dieses Hochwasserfondsgesetz dem Bundesland Wien, aber auch allen anderen Bundesländern kaum jene finanziellen Mittel geben wird, die wir für wirkungsvolle Schutzmaßnahmen benötigen. Das ist - ich möchte dies ausdrücklich betonen - nicht nur meine Meinung als Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien, sondern es ist auch die Meinung aller anderen österreichischen Landeshauptleute.

Dr. Gerle: Gab es nicht zu Beginn des Monats eine Landeshauptleutekonferenz, die sich mit dieser Frage beschäftigte?

Bgm. Marek: Sehr richtig! Am 8. September befaßte sich die Landeshauptleutekonferenz mit den diesbezüglichen Regierungsvorlagen, vor allem mit dem Bundesgesetz über den Hochwasserfonds. Die Mittel für diesen Fonds werden, wie Sie, meine Damen und Herren, ja sicher wissen, durch einen dreiprozentigen Zuschlag zur Lohn-, Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer aufgebracht. Das Gesetz sieht folgenden Aufteilungsschlüssel vor: Vom Gesamtaufkommen werden 50 Prozent für vorbeugende Maßnahmen auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes abgezweigt und mit für Aufgaben verwendet, die ausschließlich dem Bund zufallen. 20 Prozent sollen zur Linderung der Schäden an privatem Vermögen, weitere 20 Prozent für die Schadensbehebung an Bundesvermögen und je fünf Prozent zur Behebung der Schäden, die den Ländern und den Gemeinden erwachsen sind, herangezogen werden.

Dr. Gerle: Nur fünf Prozent?

Bgm. Marek: Ja, fünf Prozent für die Länder und fünf Prozent für die Gemeinden. Daher kam die Landeshauptleutekonferenz einstimmig zu der Auffassung, daß die Bevorzugung des Bundes mit 70 Prozent nicht gerechtfertigt ist und daß ein Aufteilungsschlüssel, der den Gebietskörperschaften, also dem Bund, den Ländern und den Gemeinden, gleiche Anteile zusichert, der Schadenshöhe eher gerecht werden würde. Leider wurde den sachlichen Einwendungen der Landeshauptleute aller österreichischen Bundesländer nicht Rechnung getragen.

Für die Länder und Gemeinden werden daher zur Schadensbehebung nur je fünf Prozent zur Verfügung stehen. Ob damit eine wirksame Verbesserung des Hochwasserschutzes von Wien durchgeführt werden kann, möchte ich ernsthaft bezweifeln.

Dr. Gerle: Ich hoffe, Herr Bürgermeister, daß wenigstens auf anderen Gebieten die Frage der Finanzierung keine Schwierigkeiten bereitet.

Bgm. Marek: Ich bedaure feststellen zu müssen, daß immer dann, wenn ein Zusammenwirken zwischen dem Bund und dem Land Wien notwendig ist, das finanzielle Problem ein fast unüberwindliches Hindernis darstellt. Ich habe dazu schon vergangenen Freitag, bei der Eröffnung der Wienerberg-Brücke Stellung genommen. Wie Sie wissen, liebe Hörer, ist der weitere Ausbau der Wiener Schnellbahn ein sehr wichtiges Vorhaben. Während der zuständige Ressortminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen unsere Bemühungen anerkennt und sachlich befürwortet, ist hingegen Finanzminister Dr. Schmitz keineswegs der Ansicht, daß das Bundesland Wien in gleicher Weise behandelt werden solle wie die übrigen acht Bundesländer. Der Herr Finanzminister überläßt es der Gemeinde Wien, die für den Ausbau der Schnellbahn erforderlichen Mittel allein aufzubringen. Damit wird neuerlich eine unterschiedliche Behandlung der Bundesländer durch den Finanzminister bekundet. Als Landeshauptmann und Bürgermeister der Bundeshauptstadt muß ich aber darauf bestehen, daß Wien nicht schlechter gestellt wird wie die anderen Bundesländer.

Dr. Gerle: Ich glaube, Herr Bürgermeister, das Schnellbahnprojekt konnte doch überhaupt erst dadurch realisiert werden, weil Wien damals bereit war, einen beträchtlichen Millionenkredit zu gewähren.

Bgm. Marek: Sehr richtig! Wien stellte einen Kredit in der Höhe von 634 Millionen Schilling zur Verfügung und bezahlt auch die Hälfte der Kreditzinsen in Höhe von 20 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang möchte ich den Herrn Finanzminister daran erinnern, daß die Verkehrsbetriebe für die Beförderung der Wiener Fahrgäste jährlich einen Betrag von 16 Millionen Schilling an die österreichischen Bundesbahnen bezahlen.

./.

Ich glaube, Wien ist dem Bund gegenüber stets seinen Verpflichtungen nachgekommen; wir erwarten daher, daß auch der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber Wien nachkommt.-

+ + +

K u r z f a s s u n g:

Bürgermeister Bruno Marek gab in seiner Sonntag-Radiorede einen genauen Überblick über den Einsatz der von der Stadt Wien mobilisierten Hilfskräfte in den Überschwemmungsgebieten von Kärnten und Osttirol. In diesen Zusammenhang kam er auch auf den Hochwasserschutz in Wien zu sprechen. Viele seien der Meinung, daß dieser ausreichend sei. Leider ist das aber nicht der Fall. Denken wir nur an das Jahr 1954, wo nur noch drei Regentage in Bayern bewirkt hätten, daß die Donau über die Dämme getreten und in mehrere Stadtviertel eingedrungen wäre. Den 2. und 20. Bezirk, die Simmeringer Haide und großer Teile des 21. und 22. Bezirkes wären überflutet worden. Dadurch hätten die E-Werke Engerthstraße und Simmering, aber auch das Gaswerk Simmering ihren Betrieb einstellen müssen. Auch die Kanalpumpanlage für den 21. und 22. Bezirk wäre unbenützlich geworden. Die Schäden, die unsere Volkswirtschaft dadurch erlitten hätte, wären wesentlich größer gewesen als die Mittel, die man aufbringen müßte, um in Wien verbesserte Hochwasserschutzbauten zu errichten.

Projekte dafür liegen vor, doch muß noch die Kostenfrage gelöst werden. Ein verbesserter Hochwasserschutz für Wien kann aber nicht nur eine Angelegenheit der Stadtverwaltung sein. Bürgermeister Marek hat daher am 30. März dieses Jahres dem damaligen Staatssekretär im Handelsministerium Dr. Kotzina auf die Dringlichkeit der Lösung des Gesamtproblems aufmerksam gemacht und, als Dr. Kotzina Minister für Bauten und Technik wurde, ihn um Stellungnahme gebeten. Er teilte mit, daß er die Angelegenheit dem Finanzministerium zur Prüfung übergeben habe. Dessen Stellungnahme müsse nun abgewartet werden. Bürgermeister Marek appellierte daher an den Finanzminister, angesichts der inzwischen eingetretenen Hochwasserkatastrophen die beschleunigte Überprüfung anzuordnen, damit sehr bald mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Was das vor wenigen Tagen beschlossene Hochwasserfondsgesetz betrifft, wird dieses weder dem Bundesland Wien noch den anderen Bundesländern jene finanziellen Mittel geben, die sie für wirksame Schutzmaßnahmen benötigen. Das ist nicht nur die Meinung des Wiener Landeshauptmannes, sondern auch die Meinung aller anderen österreichischen Landeshauptleute. Das Gesetz sieht folgenden Aufteilungsschlüssel vor: Vom Gesamtaufkommen werden 50 Prozent für vorbeugende Maßnahmen auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes abgezweigt und mit für Aufgaben verwendet, die ausschließlich dem Bund zufallen. 20 Prozent sollen zur Linderung der Schäden an privatem Vermögen, weitere 20 Prozent für die Schadensbehebung an Bundesvermögen und je fünf Prozent zur Behebung der Schäden, die den Ländern und den Gemeinden erwachsen sind, herangezogen werden.

Die Landeshauptleute-Konferenz vom 8. September war einstimmig der Auffassung, daß die Bevorzugung des Bundes mit 70 Prozent nicht gerechtfertigt ist. Leider wurde den sachlichen Einwendungen nicht Rechnung getragen. Den Ländern und Gemeinden werden daher zur Schadensbehebung nur je fünf Prozent zur Verfügung stehen. Ob damit eine wirksame Verbesserung des Hochwasserschutzes durchgeführt werden kann, muß ernsthaft bezweifelt werden:

Aber auch auf anderen Gebieten wird das Land Wien durch den Bund benachteiligt. Während zum Beispiel der Verkehrsminister den weiteren Ausbau der Schnellbahn befürwortet, ist der Finanzminister anderer Ansicht. Er will es der Gemeinde überlassen, für den Ausbau der Schnellbahn (Eigentum der ÖBB) die erforderlichen Mittel allein aufzubringen. Dabei konnte das Schnellbahnprojekt überhaupt erst dadurch realisiert werden, weil Wien dafür einen Kredit von 634 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und auch die Hälfte der Kreditzinsen in Höhe von 20 Millionen Schilling bezahlt hat. Außerdem bezahlen die Wiener Verkehrsbetriebe an die Österreichischen Bundesbahnen für die Beförderung der Wiener Fahrgäste jährlich 16 Millionen Schilling. Wien ist dem Bund gegenüber stets seinen Verpflichtungen nachgekommen, wir erwarten daher, appellierte Bürgermeister Marek eindringlich, daß auch der Bund seine Verpflichtungen gegenüber Wien nachkommt.

Preisverleihung aus der "Renner-Stiftung"
=====

17. September (RK) Dem Statut für die Vergebung von Preisen aus der "Dr. Karl Renner-Stiftung" gemäß, wird die Öffentlichkeit auf die Preisverleihung aufmerksam gemacht:

Am 14. Dezember 1966 werden durch den Bürgermeister der Stadt Wien auf Grund des Antrages des Kuratoriums Preise im Gesamtbetrag von 200.000 Schilling vergeben, wobei ein Preis nicht weniger als 20.000 Schilling betragen darf.

Für die Preisverleihung kommen Personen oder Personengemeinschaften in Betracht, die durch ihr Wirken oder ihr Urteil zum Ausgleich von Gegensätzen im öffentlichen Leben beigetragen haben; die durch Förderung fruchtbarer Ideen, die der Sicherung der Republik Österreich und ihrer ideellen und realen Grundlagen, dem Frieden, dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt dienen, durch Forschertätigkeit oder durch sonstige Leistungen das Ansehen Österreichs und der Stadt Wien erhöhen; und die durch beispielgebende Leistungen das Verantwortungsgefühl des einzelnen gegenüber der demokratischen Gemeinschaft gehoben haben.

Die Preise dürfen nur an Personen, die mit Wien verbunden sind, oder an Personengemeinschaften, die in Wien ihren Sitz haben, vergeben werden.

Die Geschäftsführung obliegt der Magistratsabteilung 7, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, Telephon 42 800, Klappe 2719. Bewerbungen oder Hinweise sind an diese Stelle zu richten.

- - -

Letzte Ehrung Luitpold Sterns
=====

17. September (RK) Am Dienstag, dem 20. September, wird der verewigte Volksbildner und Dichter Professor Josef Luitpold Stern am Döblinger Friedhof beerdigt. Die Stadtverwaltung hat dem Verblichenen, dessen Verdienste durch den 1956 verliehenen Ehrenring der Stadt Wien gewürdigt worden sind, ehrenhalber ein Grab auf Friedhofsdauer gewidmet. An der Urne Sterns wird Dienstag ein Kranz der Gemeinde Wien niedergelegt werden.

- - -

.. Rundfahrten "Neues Wien"
=====

17. September (RK) Dienstag, 20. September, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volksheim und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1., Lichtenfelsgasse 2, um 13,30 Uhr.

- - -

Bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien:

Pro Geschäftstag mehr als 3 Millionen Schilling Spareinlagenzuwachs
=====

17. September (RK) Wie aus dem neuesten Monatsbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hervorgeht, haben die Spareinlagen bei diesem Institut im August eine überdurchschnittliche Steigerung um rund 59,4 Millionen Schilling erfahren. Damit sind die Spareinlagen seit Jahresbeginn um rund 554,3 Millionen Schilling gestiegen. Das sind um fast 28 Millionen Schilling mehr als im selben Zeitpunkt des Vorjahres. Mit Ende August verwaltete die Zentralsparkasse daher Spareinlagen in der Gesamthöhe von 8.254,4 Millionen Schilling. Eine erfreuliche Erhöhung ist auch bei den Prämiensparverträgen zu verzeichnen, die Ende August die Anzahl von 17.231 mit einer Gesamteinlagensumme von 231,9 Millionen Schilling erreicht haben. Die Gesamteinlagen bei der Zentralsparkasse haben Ende August 13.569,6 Millionen Schilling betragen.

Im August hat die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien auch eine neue Kundendienstleistung aufgenommen. Die Datenverarbeitungsanlage des Institutes ermöglicht es erstmalig, automatische Renditeberechnungen durchzuführen, die in sämtlichen Zweiganstalten und in der Hauptanstalt der Zentralsparkasse die Grundlage für eine exakte Kundenberatung darstellen. Diese Berechnungen werden regelmäßig zweimal im Monat durchgeführt und ermöglichen eine umfassende Beratung über Börsenkurs, Einlösungskurs, Effektivverzinsung und Rendite von Wertpapieren jeweils nach dem aktuellsten Stand.

- - -

80. Geburtstag von Karl Oberparleiter
=====

17. September (RK) Am 18. September vollendet Hochschulprofessor i.R. Dr. Karl Oberparleiter das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Salzburg geboren und absolvierte die Studien in Wien, wo er bereits 1912 Dozent an der Exportakademie war. Seit 1926 wirkte er als Ordinarius an der Hochschule für Welthandel. Im Studienjahr 1946/47 bekleidete er die Rektorswürde. Von 1952 bis 1956 war er Präsident der Österreichischen UNESCO-Kommission. Sein spezielles Arbeitsgebiet ist die Betriebswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der Warenhandels- und Verkehrslehre. Professor Dr. Oberparleiter veröffentlichte zahlreiche Fachschriften, Bücher und Beiträge für wissenschaftliche Zeitschriften, die sich mit Welthandelsfragen, Markt- und Börsefragen, mit der betriebswirtschaftlichen Abrechnung, mit Kalkulation und Werbung beschäftigen. Besondere Erwähnung verdient seine umfassende "Einführung in die betriebswirtschaftliche Verkehrslehre". Oberparleiter ist auch der Herausgeber des Lehrbuches "Betriebswirtschaftliche Berechnungen des Wirtschaftsverkehrs". 1961 wurde ihm die Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold verliehen.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Gertrude Sandner haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschsreiben übermittelt.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

17. September (RK) Kommende Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Donnerstag, 22. September, 5. Bezirk, Schönbrunner Straße 54 (Festsaal), 17 Uhr;

Freitag, 23. September, 12. Bezirk, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, 16. Uhr.

- - -

Neue Schnellverbindung Brigittenau - Leopoldstadt eröffnet
=====

17. September (RK) Heute vormittag übergab Stadtrat Kurt Heller das neugebaute 330 Meter lange Straßenstück zwischen Höchstädtplatz und Adalbert Stifter-Straße dem Verkehr.

Der Brigittenauer Bezirksvorsteher Koblizka konnte bei der Eröffnung außer dem Baustadtrat auch Mitglieder des Wiener Gemeinderates, der Bezirksvertretung und leitende Beamte des Stadtbauamtes begrüßen. Er sprach der Stadtverwaltung den Dank für die großen Verkehrsbauten aus, die im 20. Bezirk geschaffen wurden.

Stadtrat Heller sagte in seiner Ansprache, daß die Initiative von Bezirksvorsteher Koblizka wesentlich dazu beigetragen habe, daß das neue Straßenstück bereits fertiggestellt ist.

In seinem technischen Bericht erläuterte der Baustadtrat den Gesamtverlauf der neuen Querverbindung von der Heiligenstädter Brücke durch die Lorenz Müller-Gasse über den heute eröffneten Durchbruch der Dresdner Straße bis zum Höchstädtplatz. Diese ganze, 900 Meter lange Schnellverbindung zwischen Döbling, der Brigittenau und der Leopoldstadt, die eine 14 Meter breite Fahrbahn und beiderseits drei bis vier Meter breite Gehsteige aufweist, kostete 7,470.000 Schilling, wobei ein Großteil dieser Summe auf die Einbauten der Versorgungsleitungen entfiel. Bei den Einmündungen in den Höchstädtplatz und in die Adalbert Stifter-Straße wurden Mittelinseln vorgesehen, die Kreuzungen selbst sind durch automatische Ampeln geregelt.

Stadtrat Heller richtete in diesem Zusammenhang an die Kraftfahrer die Bitte, den neuen Straßenzug nicht als Rennbahn zu benützen. Er dankte auch der Wiener Polizei, die durch vorbildlichen Einsatz, vor allem an den oft notwendigen Umleitungsstellen, für einen reibungslosen Verkehrsablauf während der Bauarbeiten sorgt und so die Schaffung neuer Verkehrsbauwerke mit ermöglicht.

70. Geburtstag von Edmund Holzfeind

=====

17. September (RK) Anlässlich des 70. Geburtstages des langjährigen Nationalratsabgeordneten und Zentralsekretärs der Gewerkschaft der Post- und Telegrafendiensteten Edmund Holzfeind hat Bürgermeister Bruno Marek dem Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschtelegramm übermittelt.

- - -

Neue Rationalisierungsmöglichkeiten für Küchenbetriebe

=====

Vizebürgermeister Slavik bei Vorführung der "Küche der Zukunft"

17. September (RK) Heute vormittag wohnte Vizebürgermeister Felix Slavik der Demonstration eines neuen Küchengerätes bei, von dem man sich vor allem eine Rationalisierung küchenführender Gaststättenbetriebe erwartet. Die Vorführung, zu der zahlreiche Wiener Restaurateure erschienen, wurde von der Sektion Gastgewerbe der Kammer der gewerblichen Wirtschaft veranstaltet. Nach der Begrüßung durch Sektionsobmann-Stellvertreter KR. Otto Waltersam und Kammerrat Anton Wild wurden an Hand von Lichtbildern die Vorteile eines neuartigen Kurzwellen-Gerätes erläutert, mit dem Speisen in kürzester Zeit gargekocht bzw. aufgewärmt werden können.

Die unglaublich kurzen Garkochzeiten - ein Huhn beispielsweise in drei bis vier Minuten - des "Mikrowellenherdes" können in den Gaststätten personalsparend wirken. Kommerzialrat Waltersam wies darauf hin, daß möglicherweise auch die zahlreichen Sommersperren von Gaststätten, die den Wiener Fremdenverkehr sehr beeinträchtigen, dadurch vermindert werden könnten.

Vizebürgermeister Slavik ließ sich das Gerät auch praktisch vorführen und unterhielt sich mit Fachleuten eingehend über dessen Verwendbarkeit in privaten und öffentlichen Küchenbetrieben.

Wie bereits gemeldet, hat der Wiener Gemeinderat gestern eine Erweiterung jener Kreditaktion beschlossen, die dem Gastgewerbe zinsenlose Darlehen zu günstigen Bedingungen einräumt. Zur Förderung des Fremdenverkehrs wurde vom Gemeinderat für küchenführende Betriebe die maximale Kredithöhe von 100.000 auf

150.000 Schilling erhöht, um dem Wiener Gastgewerbe die Möglichkeit zu geben, seine Küchen zu rationalisieren. In diesem Zusammenhang erhält die Vorführung des "Mikrowellenherdes" besondere Bedeutung, weil nun durch die Initiative der Wiener Stadtverwaltung dem Wiener Gastgewerbe auch eine konkrete Möglichkeit zur Anschaffung dieses gar nicht billigen Gerätes gegeben ist.

- - -